



Einzureichen an: \_\_\_\_\_

Investitionsbank Sachsen-Anhalt  
Gesundheit, Sport und Kultur  
Domplatz 12  
39104 Magdeburg



INVESTITIONSBANK  
SACHSEN-ANHALT

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

### Institutionelle Förderung des Landessportbundes Sachsen-Anhalt e.V.

gemäß dem § 6 Gesetz über die Förderung des Sports im Land Sachsen-Anhalt (SportFG)

Gegenstand der Förderung ist die (Bitte wählen Sie jeweils einen Gegenstand pro Antrag aus)

- Geschäftsstelle
- Trainerpool
- Landessportschule Osterburg

#### 1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Name (lt. Vereinsregister)		Gründungsdatum
Straße, Hausnummer		Vorwahl/Rufnummer
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil
Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)		Vorwahl/Rufnummer
E-Mail		
Vereinsregister-Nr.		Registergericht

Vorsteuerabzugsberechtigt?  Ja  Nein  teilweise mit  %

Ist der/die Antragstellende eine Körperschaft, die steuerbegünstigte Zwecke gemäß §§ 51-68 der Abgabenordnung verfolgt?  Ja  Nein

#### 2. BEANTRAGTE ZUSCHUSSHÖHE

Zuschuss = beantragter Zuschuss  Euro

#### 3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

##### 3.1 Ausgaben (in Euro)

	Gesamtausgaben	davon förderfähig
Personalausgaben	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Sächliche Verwaltungsausgaben	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Schuldendienst	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Ausgaben für Investitionen	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Besondere Finanzierungsausgaben	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<b>Gesamtsumme der Ausgaben</b>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

**3.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)**

	<b>Gesamtfinanzierung</b>
Eigenmittel (eigene Einnahmen)	<input type="text"/>
Land Sachsen-Anhalt (institutionelle Förderung)	<input type="text"/>
Bund	<input type="text"/>
sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	<input type="text"/>
Private (sonstige Zuschüsse und Spenden aus dem Inland)	<input type="text"/>
<b>Summe der Finanzierungsmittel</b>	<input type="text"/>

**4. ANGABEN ZUR BANKVERBINDUNG**

Ich/Wir bitte(n) um Überweisung der unter Ziffer 2 dieses Antrages aufgeführten Zuwendung an:

<b>IBAN</b>				<b>BIC (SWIFT-Code)</b>			
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Länder- code	Prüf- ziffern	Bankleitzahl	Kontonummer				
<b>Kreditinstitut</b>							
<b>Kontoinhaberin/Kontoinhaber</b>							

**5. ANTRAG AUF ABSCHLAGZAHLUNG (Bei Bedarf bitte ankreuzen!)**

Hiermit beantragen wir die Zahlung von zweimonatlichen Abschlägen i. H. v. 1/6 der für die institutionelle Förderung vorgesehenen Ansätze im Haushaltsplanentwurf des Landes im Bewilligungsjahr für Personalausgaben und sächliche Verwaltungsausgaben

## 6. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

## 7. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- a) Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I), in der jeweils gültigen Fassung sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten, insbesondere die des Grundsatzerrlasses des MI zur „Institutionellen Förderung des Landessportbundes Sachsen-Anhalt e. V. (LSB) ab dem Jahr 2025“, 36.3, vom 19.12.2024 und gemäß Ziffer 9. des Grundsatzerrlasses 36.3, vom 19.12.2024 des Hinweisschreibens des MI „Einhaltung vergaberechtl. Bestimmungen“, 36.3-5200, vom 21.11.2019, zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Nebenbestimmungen zur ANBest-I werden anerkannt.
- b) Die Gesamtfinanzierung ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.
- c) Wir sind zahlungsfähig, und gegen uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Wir verpflichten uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- d) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- e) Wir versichern, dass die Vergabe von Aufträgen für das beantragte Vorhaben gemäß den für öffentliche Auftraggeber geltenden vergaberechtl. Vorschriften (insbesondere §§ 97 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Vergabeverordnung, Tariftreue- und Vergabegesetz Sachsen-Anhalt sowie Unterschwellenvergabeordnung) und unter Beachtung der besonderen Bestimmungen des Hinweisschreibens des MI „Einhaltung vergaberechtl. Bestimmungen“, 36.3-5200, vom 21.11.2019 erfolgt. Uns ist bekannt, dass das Nichtbeachten die Ablehnung des Antrages bzw. im Falle der Bewilligung den Widerruf der Zuwendung zur Folge haben kann.
- f) Wir erklären, dass keine Darlehensverträge, Bürgschaften, Vergütungsordnungen, Erwerbe und Verkäufe von Immobilien, Gründungen von juristischen Personen und Unternehmensbeteiligungen abgeschlossen werden, ohne dass zuvor die schriftliche Einwilligung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingeholt wird.
- g) Wir erklären, dass Rechtsgeschäfte ab einem Nettoauftragswert von 50.000 Euro (unter Berücksichtigung sämtlicher Erweiterungs-/Verlängerungsoptionen) nicht getätigt werden, ohne dass zuvor die schriftliche Einwilligung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingeholt wird.
- h) Wir erklären, dass Rechtsgeschäfte, die längerfristige Verbindlichkeiten (z. B. Erbringung von fortlaufenden Liefer- oder Dienstleistungen) zur Folge haben, auf eine Laufzeit von maximal fünf Jahren beschränkt werden soll, soweit vergaberechtl. Vorgaben nichts anderes bestimmen oder eine Ausnahme durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt zugelassen worden ist.
- i) Sofern Rücklagen und/oder Rückstellungen gebildet werden, erklären wir, dass diese nur in dem aus dem entsprechenden Ausgabentitel im beigefügten Haushalts-/Wirtschaftsplan ersichtlichen Umfang gebildet worden sind. Sofern für uns eine Pflicht zur Bildung von bestimmten Rückstellungen aus § 249 Abs. 1 Sätze 1 und 2 HGB besteht (sog. Passivierungspflicht) und die Bildung dementsprechend gesetzlich vorgegeben ist, erklären wir, dass diese Rückstellung Bestandteil des entsprechenden Ausgabentitels ist. Wir erklären, dass wir im vg. Fall den Nachweis, dass wir Kaufmann i.S.d. HGB sind, diesem Antrag vollständig beigefügt haben.

Sofern für uns eine Verpflichtung zur Bildung von Rücklagen und Rückstellungen aus anderen gesetzlichen Vorschriften besteht, erklären wir, dass auch diese Rücklagen/Rückstellungen Bestandteil des entsprechenden Ausgabentitels sind. Wir erklären, dass wir im vg. Fall den Nachweis, dass die in dem jeweiligen Gesetz benannten Voraussetzungen, die zur Verpflichtung der Rücklagen- / Rückstellungsbildung führen, diesem Antrag vollständig beigefügt haben.

Sofern die Bildung von Rücklagen und Rückstellungen für uns nicht bereits zwingend gesetzlich vorgegeben ist, erklären wir, dass die gebildeten Rücklagen und Rückstellungen ausschließlich für unsere satzungsgemäßen Zwecke eingesetzt werden und dass alle Vorkehrungen getroffen wurden bzw. werden, dass die Bildung von Rücklagen und Rückstellungen unsere Gemeinnützigkeit nicht gefährdet.

Sofern Rücklagen gebildet werden, die nicht bereits zwingend gesetzlich vorgegeben sind, erklären wir außerdem

- dass die Einnahmen, die als Rücklagen festgeschrieben werden, zur freien Verfügbarkeit stehen und für zukünftige Risiken nutzbar sind,
  - dass die Höhe der vorgesehenen Rücklagen wirtschaftlich und angemessen ist und dem Risiko, welches abgefangen werden soll entspricht,
  - dass Rücklagen, die noch für Folgejahre zur Verfügung stehen sollen und nicht aus zweckgebundenen Einnahmen herrühren, i. S. des § 19 LHO im Haushalts-/Wirtschaftsplan für übertragbar erklärt werden, wenn dies ihre wirtschaftliche und sparsame Verwendung fördert.
- j) Wir erklären, dass wir unsere Beschäftigten und ehrenamtlich Tätigen nicht besserstellen als vergleichbare Bedienstete des Landes. Es werden keine höheren Vergütungen als nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in der jeweils geltenden Fassung sowie keine über und außertariflichen Leistungen gewährt, soweit der Haushaltsplan des Landes durch Ausweisung von Besitzständen davon nicht abweicht.
  - k) Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
  - l) Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Wir verpflichten uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erklären wir uns damit einverstanden.

- m) Wir erkennen an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir den Kreditgeber, Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- n) Wir entbinden die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Wir geben hiermit unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreien wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

 Ja

 Nein

**Elektronische Kommunikation:** Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der gesamte Informationsaustausch zum geförderten Vorhaben elektronisch mit der Bewilligungsstelle über das IB-Kundenportal erfolgt.

 Ja

 Nein

Für die Nutzung des IB-Kundenportals ist eine Registrierung erforderlich. Nähere Informationen zum IB-Kundenportal finden Sie unter <https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal>

## 8. HINWEISE ZUR DATENNUTZUNG

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

## UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

 Ort, Datum

 Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

 Ort, Datum

 Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

 Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

 Unterschrift (Stempel, sofern relevant)